Vierteljähriger Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto 2 Thaler 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße № 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal erscheint.

Breslauer Zeitung.

No. 112. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag den 6. März 1860.**

Telegraphische Depesche.

London, 5. März. Der heutige „Morning Herald“ will durch unzweifelhafte Autorität wissen, daß der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr von Thouvenel, wegen der veränderten Politik seines kaiserlichen Herrn seine Demission eingereicht habe. „Morning Herald“ bezeichnet den Grafen Walewski als Nachfolger, falls die Demission angenommen wird.

Telegraphische Nachrichten.

Braunschweig, 5. März, 10 Uhr 20 Minuten. In der Conferenz des Norddeutschen Eisenbahn-Verbandes hat Hannover seine letzten Forderungen betreffs Vertheilung der Frachteinnahmen für den Kohlen-Transport aus Westfalen fallen lassen. Gestern ist in Folge davon von dem Vertreter der westfälischen Bergwergsbesitzer, Dr. Hammacher, mit den Verwaltungen des Norddeutschen Eisenban-Verbandes hier der Transport-Vertrag über Versendung von vorläufig 500,000 Ctr. westfälischer Steinkohlen nach Magdeburg abgeschlossen worden. (B. B. Z.)

Madrid, 1. März. Keine Nachrichten aus Afrika. Die Armee wird sich in Bewegung setzen und ungefähr 6000 Maulthiere mit sich führen. Das Geschwader wartet nur auf günstige Witterung, um das Bombardement der marokkanischen Häfen fortzusetzen. Der General Bustillos hatte eine abermalige Konferenz mit dem General O'Donnell.

Preußen.

P. B. **Berlin,** 5. März. [Haus der Abgeordneten.] Der Sitzung wohnen am Ministertische bei: die Herren v. Auerswald, v. d. Heydt, Freiherr v. Patow, Graf Schwerin, die Regier.-Commissarien Philippsborn, Schumann u. A. Die Commission zur Vorberathung des Antrages der Abgeordneten v. Morawski und Genossen, das landwirthschaftliche Kreditwesen im Großherzogthum Posen betreffend, hat sich konstituirt und zu ihrem Vorsitzenden Herrn v. Saucken (Julienfelde), zum Stellvertreter desselben Herrn Grafen v. Cieszkowski, zum Schriftführer Herrn v. Chlapowski, zu dessen Stellvertreter Hrn. v. Zoltowski (Krotoschin) gewählt. Die übrigen 10 Mitglieder dieser Commission sind die Herren: Dr. Liebelt, v. Potworowski, Graf Canitz, Brämer, Rohden, Conrad, Schottky, Petersohn, Häbler, Berger. — In Stelle des Abgeord. Hrn. Dr. Wentzel ist Herr Natorp als Mitglied der Commission für das Eherecht gewählt worden. — Ein hinreichend unterstützter Antrag der **Abg. Reichenheim und Genossen, die Erwartung auszusprechen, daß die königliche Regierung die erforderliche Einleitung treffen wird, um das Gesetz vom 3. November 1838, Eisenbahn-Unternehmungen betreffend, einer Revision zu unterwerfen,** wird auf Vorschlag des Abg. Hrn. Kühne (Berlin) der Commission für Handel und Gewerbe überwiesen.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung übergiebt der Herr Handelsminister v. d. Heydt im allerhöchsten Auftrage einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Postzwanges für Packete. Schon durch das Gesetz vom 5. Juni 1852 war der Postzwang von 40 auf 20 Pfd. ermäßigt worden. Es hat sich seitdem der Wunsch vielfach geltend gemacht, daß die Postverwaltung auch diese Beschränkung fallen lassen möchte, ihrerseits wäre schon längst diesem Wunsche Gehör gegeben worden, aber es stand dem das Abkommen mit den Eisenbahnen, welche die Verpflichtung hätten, die Post-Packete unentgeltlich zu befördern, hinderlich entgegen. Es ist gelungen, durch Verträge mit den Eisenbahngesellschaften diese Hindernisse zu beseitigen. Die Verwaltung hat ferner die Beschränknng wegen der Beförderung der Packete über 100 Pfd. fallen lassen. Der Entwurf wird der Commission für Handel und Gewerbe überwiesen. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist: Bericht der Commission für Finanzen und Zölle über die Verordnung vom 28. Mai 1859, betreffend die Ueberweisung der in Gemäßheit des Gesetzes vom 21. Mai 1859 aufzunehmenden Staatsanleihe an die Hauptverwaltung der Staatsschulden. Die Ueberweisung wird ohne Diskussion genehmigt, und das Haus geht zur Berathung über den Etat der Postverwaltung über. Der Antrag der Commission: **„das Haus wolle die Erwartung aussprechen, daß die Regelung der Insinuation gerichtlicher Verfügungen durch die Post, insbesondere durch die Landbriefbesteller, im gesetzlichen Wege möglichst bald erfolgen werde“,** wird angenommen, nachdem noch der Abg. Herr v. Zoltowski den Wunsch ausgesprochen, daß im Großherzogthum Posen Beamte angestellt würden, welche der polnischen Sprache mächtig sind.

Reg.-Commiss. Herr Philippsborn erkennt die Nützlichkeit eines solchen Verfahrens an, fügt aber hinzu, daß die Behörde auf solche Bedürfnisse stets Rücksicht genommen hat. Zu einer längeren, durch lange Reden namentlich sich auszeichnenden Debatte giebt die Einrichtung von 26 Ober-Post-Directionen Veranlassung.

Der Abg. Frhr. v. Vincke (Hagen) hat hier den Antrag gestellt, die Erwartung auszusprechen, die **königliche Regierung werde die Zahl der Ober-Post-Directionen möglichst so beschränken, daß in Zukunft in jeder Provinz nur eine bestehen bleibt.** Herr v. Vincke befindet sich mit diesem Antrage in Consequenz mit demjenigen, welcher im vorigen Jahre eine so große Majorität für sich hatte. Die Verdienste, welche sich der Minister v. d. Heydt und der General-Post-Director Schmückert um das Postwesen erworben, sind nicht zu verkennen; das kann aber nicht hindern, diesen Antrag auch dieses Jahr wieder zu stellen. Es ist ohnehin schon ein unglückliches Prognostikon, daß diese Einrichtung ohne Genehmigung des Hauses ins Leben gerufen worden ist. Gleich nach Einführung der Ober-Post-Directionen im Jahre 1849 haben sich heftige Widersprüche gegen diese Neuerung erhoben. Damals war vom Handelsminister versicheet worden, daß Mehrausgaben durch diese Mittelbehörden nicht verursacht werden würden, und gerade in dem Augenblick, wo man in Oesterreich damit umging, diese Behörden abzuschaffen, wurden sie hier eingeführt. Man spricht so viel von Verminderung der Schreibereien oder von Decentralisation, hinter solchen Allgemeinheiten stecken aber gar oft ganz absonderliche Dinge. In einem auf Anlaß der Behörde herausgegebenen Buche führt Herr Stephan aus, daß die Einrichtung der 26 Ober-Post-Directionen ganz im Sinne von Stein und Hardenberg geschehen sei. Das läßt sich doch bezweifeln. Es sind ganze Actenstöße, die von Jahr zu Jahr anschwellen, die über die Verminderung des Schreibewerks geschrieben werden, man denkt, daß man decentralisirt hat, wenn man ein neues Rad in die Maschine einschiebt. Mit alle den Neuerungen ist eine größere und namentlich bessere Kontrole nicht zu Wege gebracht worden, und trotz des Kopfschüttelns des geehrten Chefs der Postverwaltung (Herr Schmückert sitzt vor dem Redner) möchte man doch mit Recht behaupten können, daß sich die Einrichtung nicht bewährt hat. Für die Beamten der 26 Oberpostdirektionen werden 360,000 Thaler verausgabt, ohne die Bureaukosten, Wohnungsmiethen, ohne die Reisegelder, welche im Interesse des Geldbeutels der Postbeamten so hoch wie möglich sich herausstellen, hinzuzurechnen. Die Ueberschüsse der Postverwaltung haben abgenommen, sie betrugen 1835 noch 33 pCt., im Jahre 1840 23, in der Zeit von 1850 bis 1858 sind sie auf 13⅜ pCt. herabgesunken, trotz des fortwährenden zunehmenden Verkehrs. Was die größere Kontrole betrifft, so hat die Sache ihre zwei Seiten, mit der Kontrole allein ist es nicht abgethan, das Schlimme ist, daß dennoch die Malversationen zugenommen haben. Im Jahre 1858 gab es, die Unterbeamten nicht mit hinzugerechnet, 5318 Postbeamte, von diesen sind wegen Malversationen fünfundneunzig Personen oder 1⅝ Prozent aller Beamten entlassen worden und darunter ein Postmeister, 11 Expedienten, 21 Expediteure, 56 Gehilfen: wirksam hat sich also die Kontrole nicht erwiesen, denn vor 1850 haben die Malversationsfälle nur ⅔ der jetzt konstatirten betragen. Es hat sich ferner die Zahl der verschwundenen Briefe sehr vermehrt, ohne daß hierbei eine Bestrafung oder Untersuchung möglich gewesen wäre. Zur Erhöhung des Ehrgefühls tragen die enormen Orrnungsstrafen sicher nicht bei, sie wirken im Gegentheil niederdrückend und abstumpfend, wenn sie sich auf Lapalien erstrecken, wie z. B. das Nichterscheinen mit Epauletts auf der Uniform im Dienstlokal, ganz wie im Hessen-Darmstädtschen. Das Tragen von schwarzen Halsbinden und grauen Beinkleidern trägt zur Sicherheit des Dienstes nicht bei. — Was das Schreibewerk betrifft, so zählte das General-Postamt früher jährlich ca. 9000 Nummern in der Kanzlei, jetzt kommt manche Ober-Postdirektion bis auf 30,000 Nummern, man kann also oon einer Verminderung der Schreibereien nicht sprechen. Als man Gutachten einforderte, hat man nur die Ober-Präsidenten, nicht aber die Regierungspräsidenten gefragt, die doch am besten hätten Auskunft geben können, und dann würden, wie ich aus einem Beispiel erhärten kann, die Berichte anders ausgefallen sein. Eine Verminderung der Zwischeninstanzen ist im Interesse des Dienstes.

Der Reg.-Commissarius Herr Philippsborn widerlegt alle vorhergehenden Behauptungen. Die Centralisation schreibt sich noch aus den Zeiten der sehr einfachen Verkehrsverhältnisse her, wo die Post noch unabhäugig war und die Eisenbahnen sich noch nicht in die Postcourse eingedrängt hatten. Je mehr der Verkehr zugenommen, desto unmöglicher ist es geworden, die Verhältnisse von Berlin aus zu übersehen, das Richtige vom Unrichtigen zu unterscheiden. Alle die Uebelstände, die sich hier herausgestellt haben, würden sich bald bei den 8 Provinzialbehörden wiederholen. Was den Kostenpunkt betrifft, so möge man nicht vergessen, daß die Arbeitskräfte im General-Postamte nicht zureichend waren. Die Erträge der Postverwaltung sind nicht von den Ausgaben abhängig. Conjuncturen, Porto-Ermäßigungen, wie sie in Preußen eingeführt, üben hierauf einen großen Einfluß. Auch die Ausgaben sind in ungewöhnlichem Maße gestiegen, in Folge der gesteigerten Preise für Licht, Holz, andere Materialien, Wohnungsmiethen. Die Schreibereien des General-Postamtes allein sind nicht denjenigen der 26 Ober-Post-Direktionen gegenüberzustellen, es sind ihnen noch diejenigen der 236 Postämter hinzuzufügen, welche früher mit dem General-Postamte in Verbindung standen. Was die Kopfzahl der Beamten in den Ober-Postdirektionen betrifft, so ist nicht zu vergessen, daß die bei den 236 Postämtern früher angestellt gewesenen Kassirerstellen eingezogen wurden und diese 236 Beamten den Ober-Postdirektionen zugetheilt worden sind. In der großen Zahl der Postbeamten mag es allerdings untaugliche geben, aber im Ganzen ist diese Kategorie treu, brav, ehrlich. Was die in England und Nordamerika bestehenden Verhältnisse betrifft, von denen Hr. v. Vincke gesprochen, so ist das Gesagte auf Preußen nicht zutreffend. In England und Amerika beschäftigt sich die Post nur mit Beförderung von Briefen und Zeitungen, in Preußen ist der Dienst complicirter gewesen, da bisher das Fahrposten-Institut sorgfältig gepflegt und aufrecht erhalten worden ist. Die vermeintliche Unzufriedenheit mancher Beamten ist wohl erklärlich und es mag die strenge Disciplin zuweilen unangenehm sein, nothwendig ist sie aber unbedingt, wenn der ganze künstliche Apparat in Ordnung gehalten werden soll.

Der Abg. Herr Schmückert giebt interessante Beläge zu Gunsten der neuen Einrichtung; leider ist der Abgeordnete, seines schwachen Organs wegen, von der Journalisten-Tribüne aus im Zusammenhange nicht zu verstehen.

Herr v. Vincke (Hagen) meint, daß in England die Geldauszahlungen in größerer Maßgabe stattfinden, als in Preußen. Gerade das im heutigen Gesetzentwurfe vorgeschlagene Fallenlassen des Postzwanges für die Packete spricht für seinen Antrag.

Der Minister Herr v. d. Heydt versichert, daß der im vorigen Jahre gemachte Antrag auf das Gewissenhafteste geprüft und erörtert worden sei, daß man aber die Ueberzeugung gewonnen habe, wie es unmöglich sei, die Centralisation in der frühern Weise wiederherzustellen. Daß die Geldsendungen in England bedeutender seien, als in Preußen, ist ein faktischer Irrthum. Wird einstmals Preußens Postverwaltung sich auch nur mit Brief- und Zeitungsbeförderung beschäftigen, dann kann auch eine Aenderung in der jetzigen Organisation zur Sprache kommen. In Folge der beantragten Aufhebung des Postzwanges ist noch nicht zu erwarten, daß alle Packete der Privatbeförderung anvertraut werden werden, weil die von der Post geleistete Garantie doch immer ins Gewicht fällt. Im Interesse der Post wäre es gewiß, von der Fahrpost ganz befreit zu sein, im Interesse des Landes wäre diese Befreiung aber nicht. Anstatt der Ober-Post-Directionen Provinzial-Directionen einzuführen, ist ganz unzuläßig, und nicht blos die Ober-Präsidenten, sondern auch die Regierungs-Präsidenten legen einen großen Werth auf die jetzige Einrichtung und auf ihre innigen Beziehungen mit den Ober-Post-Directionen. Ich habe, sagt der Minister, kein Interesse, die Sache anders zu beurtheilen, als sie wirklich liegt, Unterschlagungen kommen bei allen Verwaltungen vor. Sicher hat sich der Minister Nagler unsterbliche Verdienste um das Postwesen erworben, es ist aber nicht zu verkennen, daß der damalige Zustand nicht länger fortbestehen konnte.

Die Abgeordneten Freiherr v. Diergard und v. Eynern geben den Oberpostdirektionen und damit der neuen Einrichtung das beste Zeugniß. Herr Osterrath macht darauf aufmerksam, daß es sich in dem Antrage des Freiherrn von Vincke ja nur darum handle, die Anzahl der Oberpostdirektionen möglichst zu beschränken. — Der Berichterstatter Herr Karsten führt aus, daß die Kommission den vorjährigen Antrag nicht mehr gestellt hat, weil dies Jahr die Regierung Gründe für die neue Einrichtung vorgebracht hat, welche der Kommission durchgreifend erscheinen, Auch die anderen gegen die Postverwaltung, die bestehende Kontrole, gerichteten Angriffe weiset der Referent zurück, und bei der Abstimmung wird der Antrag des Herrn v. Vincke mit geringer Majorität abgelehnt. — Der Abgeord. Hr. Wachler macht ferner Bemerkungen über die Cumulationen des Postens eines Kammergerichtsraths, der auch Postrath ist, zweien Herren dient und doppeltes Gehalt bezieht. Ein Rechtskonsulent ist jedenfalls wohlfeiler zu beschaffen, 2tens über ein Kaufgeld von 10,528 Thlr. für Gebäulichkeiten in Bromberg.

Es werden übrigens alle Positionen genehmigt.

Der Etat der Telegraphenverwaltung giebt zu keiner sonderlichen Debatte Veranlassung. Der Abg. v. Rönne wünscht im Interesse des Publikums eine Herabsetzung des noch immer zu hohen Tarifs, womit dem Staate kein finanzielles Opfer erwachsen würde, da die Erfahrung lehrt, daß eine solche Reduktion eine Vermehrung der Depeschen zur Folge haben werde.

Der Minister Herr v. d. Heydt ist Ermäßigungen gar nicht abhold, wie er dies bereits bewiesen. Es ist aber nicht zu übersehen, daß eine weitere Ermäßigung auch eine Vermehrung der Leitungen und der Arbeitskräfte nothwendig macht. Preußen kann übrigens allein nicht vorangehen. Der Abg. Freiherr v. Diergard würde es vorziehen, wenn der Ueberschuß aus den Einnahmen dazu verwendet würde, neue Stationen anzulegen, dies würde ersprießlicher sein als eine Reduction des Tarifs. Dem letzten Antrage der Commission: „die Verwendung der unter dem vorjährigen Extraordinarium für den Ankauf eines Grundstückes bewilligten 50,000 Thlr. zur Ausführung eines Gebäudes für die Telegraphen-Verwaltung, so wie das geforderte Extraordinarium von 100,000 Thlr. zu genehmigen“, stellt sich gegenüber folgender Antrag des Abg. Wachler und Genossen: das Haus wolle beschließen, die unter dem vorigjährigen Extraordinarium für den Ankauf eines Grundstückes bewilligten 50,000 Thlr., so lange vom Etat abzusetzen, bis der Voranschlag zu einem Gebäude für die Telegraphen-Verwaltung vorgelegt worden ist. Ueber diese Anträge entspinnt sich eine längere Debatte, in welcher zunächst der Antragsteller die Gründe entwickelte, die ihn für seine Vorschläge bestimmten. — Der Regierungs-Commissarius tritt denselben entgegen, bemerkt, daß es durchaus nicht in der Absicht der Regierung läge, die Voranschläge der Regierung vorzuenthalten, dieselben würden vielleicht eine Frist von 4 Wochen in Anspruch nehmen.

Der Antragsteller bemerkt, daß sein Antrag gerade sich auf eine gewisse Feststellung erstreckt und daß, wenn die Regierung binnen 4 Wochen die gewünschte Auskunft gäbe, eine nachträgliche Genehmigung erfolgen könne. Der Regierungs-Commissarius führt noch an, daß die Ausführung des ganzen Planes nicht etwa 500,000, sondern nur 100—120,000 Thlr. erfordern würde, iudessen wird, nachdem der Berichterstatter die Debatte resümirt, der Verbesserungsantrag von Wachler und Genossen angenommen.

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung.

Die Commission für Handel und Gewerbe über verschiedene Petitionen, von denen indessen nur eine zu einer Diskussion Veranlassung gab. Dieselbe betrifft die Beschwerde des Materialienwaarenhändlers G. H. Holmecke und 23 seiner Gewerbsgenossen zu Magdeburg darüber, daß ihnen die Konzession zum Kleinhandel mit Spirituosen verweigert werde, obgleich andere Materialienwaarenhändler in deren Besitz seien. Sie tragen darauf an, den Kleinhandel mit Spirituosen neben dem Materialwaarengeschäft entweder ganz zu verbieten, oder aber denselben für Materialwaarenhändler allgemein frei zu geben. Die Commission schlug vor: „in der Erwartung, daß die königliche Staats-Regierung die Bestimmungen über das Concessionswesen einer Revision auf gesetzlichem Wege unterwerfen werde, über die vorliegende Petition zur Tagesorduung überzugehen.“

Indessen hat der Abgeordnete v. Putkammer einen Antrag auf einfache Tagesordnung gestellt, der auch nach einigen Ausführungen des Regierungs-Kommissarius, die Regierung sei entschieden der Meinung, daß der Kleinhandel mit Getränken auf das dringendste Bedürfniß zurückzuführen, angenommen wird.

Den dritten Gegenstand der Tagesordnung sollte der dritte Bericht der Commission für das Justizwesen über verschiedene Petitionen vorstellen. Da indessen der Justizminister Dr. Simons durch die Einweihung des neuen Audienzsaales des Ober-Tribunals am Erscheinen verhindert war, so wird sofort zum vierten Gegenstande der Tagesordnung übergegangen, welcher den 2. Bericht der Commission für das Gemeindewesen umfaßt. Hier regen mehrere Petitionen Principienfragen an, zunächst die erste der Stadtverordneten zu Löwenberg. Dieselben hatten im vorigen Jahre beschlossen, ihre Beschlüsse in den Lokalblättern durch eine aus dem jedesmaligen Bureau bestehende Redaktions-Commission zu veröffentlichen. Dies Conclusum war dem Magistrat zur Kenntnißnahme vorschriftsmäßig mitgetheilt worden. Der Magistrat ging von der Ansicht aus, daß der gefaßte Beschluß seiner Zustimmung bedürfe und erwiederte den Stadtverordneten, er könne denselben nur unter einigen beschränkenden Modalitäten bestätigen. In dieser ganzen Frage, bei welcher die formelle Einwendung, daß der Instanzenzug nicht eingehalten, eigentlich ohne Belang ist, handelt es sich einfach darum, ob das Princip der Oeffentlichkeit der Stadtverordnetenbeschlüsse unbedingt zur Geltung kommen soll. Der Reg.-Commissar führte aus, daß in Beziehung auf die Beschlüsse der Letzteren ein Unterschied gemacht werden müsse, zwischen denen, welche sich auf die Geschäftsordnung und solchen, welche sich auf die öffentliche Verwaltung bezögen. Dem Magistrat stehe der letzteren Kategorie gegenüber entschieden die Exekution zu, und er müsse deshalb aus formellen wie aus materiellen Gründen bitten, den Antrag der Commission, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, abzulehnen.

Der Abg. Mathis (Barnim) tritt den Ausführungen des Regierungs-Kommissarius entgegen und bemerkt noch, daß es sich nur um die Vorfrage handle, nämlich, ob die Protokolle veröffentlicht werden sollen oder nicht, und daß der Standpunkt des gegenwärtigen Ministers des Innern in dieser Frage nicht zweifelhaft sein könne.

Der Minister des Innern, Graf Schwerin, der in dieser Debatte zu wiederholtenmalen das Wort nimmt, erklärt zuerst, daß der Instanzenzug allerdings erschöpft sei, da ihm selbst die Sache zur Prüfung vorgelegen habe. Er stimme mit der Kommission dahin überein, daß die Aufsichts-Behörden die Aufgabe hätten, das Gesetz zu wahren und die Befugnisse der Stadtverordneten eben so gut wie des Magistrats in Schutz zu nehmen. Wenn aber über eine zu büreaukratische Handhabung der Aufsichtsbehörden gesprochen würde, so hätte er nicht zu beurtheilen, was die frühere Regierung gethan, seinerseits müsse er bestreiten, daß auf den vorliegenden Fall büreaukratische Tendenzen in Anwendung gebracht werden könnten. — Nachdem noch zwei Redner für den Kommissions-Antrag und das Prinzip der Oeffentlichkeit gesprochen, nimmt der Minister des Innern von Neuem das Wort. Es handle sich nicht um die Frage, ob zweckmäßig oder nicht, es handle sich lediglich um eine Prinzipien-Frage. In dieser Beziehung könne er nur bemerken, daß, wenn die Stadtverordneten einen Beschluß, der nach außen hinginge, faßten, dieser jedenfalls nur durch den Magistrat zur Ausführung gelangen könne.

Der Abg. Kühne (Berlin) bemerkt, der Magistrat könne sich dahin, die Stadtverordneten nach einer andern Seite hin aussprechen, dann sei es Sache der Regierung, zu entscheiden; jedenfalls finde sich in keinem Gesetze die Bestimmung vor, daß der Magistrat bei Veröffentlichung der Stadtverordneten-Beschlüsse eine vorgängige Censur ausüben dürfe.

Nachdem der Berichterstatter die Debatte resumirt und der Minister noch einmal zu einer thatsächlichen Bemerkung das Wort ergriffen, wird zur Abstimmung geschritten und der Antrag der Kommission mit großer Majorität angenommen.

Zweitens. Die gespannhaltenden Wirthe aus 34 Gemeinden der Kreise Wolmirstädt und Neuhaldensleben wegen Aufhebung des Edikts vom 14. Juli 1742 haben die Kommission veranlaßt, den Antrag zu stellen, daß die Petition der Staatsregierung als ein bei der weiteren Berathung des Entwurfs einer neuen Wegeordnung zu benützendes Material in der Erwartung zu überweisen, daß ein die Mißstände beseitigender Gesetzentwurf den Häusern des Landtags baldigst vorgelegt werde.

Der Abgeordnete Herr Brüning ist nicht so geduldig und er meint, man arbeite schon seit 30 Jahren an einer Wegeordnung und es werde noch lange dauern, ehe man in den östlichen Provinzen mit der Regulirung der Wegebaulasten zu Ende kommen würde. In den westlichen Provinzen beständen Hindernisse zum Erlaß einer Wegeordnung nicht, und er möchte den Minister für Handel und Gewerbe bitten, eine Wegeordnung für die Provinz Westfalen vorzulegen, deren dringseitiges Bedürfniß allseitig anerkannt ist.

Hierauf entgegnete der Minister Herr v. d. Heydt, daß es nicht die Absicht der Regierung ist, eine Wegeordnung je nach Provinzen zu erlassen, daß er vielmehr hofft, in der nächsten Session einen Entwurf für den ganzen Staat vorlegen zu können.

Die Petition des Lehnschulzen Lübben und anderer Erb- und Lehnschulzen des Oderbruchs giebt ebenfalls zu einer Debatte Veranlassung, in welcher zuerst der Abgeordnete Hr. Lette das Wort nimmt und hierauf der Hr. Minister des Innern, Graf v. Schwerin. Die Mißgriffe, welche im Lehnschulzenwesen geschehen, sind nicht zu verkennen und es sind bereits alle Vorbereitungen getroffen, um die Ablösung des Lehnschulzenwesens herbeizuführen. Es wird nicht möglich sein, auch schon dieses Jahr einen hierauf bezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen, doch wird die Regierung dies sicher das nächste Jahr thun.

Der Berichterstatter Hr. Dr. Riedel wünscht, daß hier nicht mit halben Maßregeln vorgegangen werde, worauf der Hr. Minister des Innern erklärt, daß wohl schon nächstens ein Gesetz-Entwurf, die Regelung der Kreis-Verwaltung betreffen, eingebracht werden würde, daß es aber, wie bereits in der Kommission bemerkt worden, sehr gut angehe, die Verhältnisse des Schulzenamtes zu regeln, ohne daß dabei zugleich die gesammten Verfassungsverhältnisse der ländlichen Ortsgemeinde ins Auge gefaßt würden. Der Uebergang zur Tagesordnung wird hierauf beschlossen.

Bei Gelegenheit der Petition des Tagelöhner Coln erklärt der Hr. Minister des Innern, daß er sich zur ganz besondern Aufgabe gemacht habe, das Einzugswesen einer gründlichen Regelung und Ueberwachung zu unterwerfen.

Die folgenden Petitionen geben zu keiner Bemerkung Veranlassung. Die Sitzung wird gegen 4 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch den 7ten.

Berlin, 5. März. [Amtliches.] Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Dem Rendanten der Regierungs-Haupt-Kasse zu Cöslin, Landrentmeister Marck, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem kais. russ. Kapitän Tolstoj vom Preobraschenskischen Garderegiment, und dem kaiserl. russ. Stabsrittmeister Kawelin vom Regiment Garde zu Pferde, den rothen Adlerorden dritter Klasse, dem Oberst-Lieutenant a. D. v. Brause zu Lübben, dem Kreis-Wundarzt und Domänen-Amtsarzt Schmidt zu Kupp im Kreise Oppeln, und dem Schullehrer Scheidt zu Sonsbeck im Kreise Moers, den rothen Adlerorden vierter Klasse, sowie dem Sec.-Lieut. Stieler v. Heydekampf im 25. Inf.-Regt., die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; den Professor Dr. H. Limpricht in Göttingen zum ordentlichen Professor der Chemie in der philosophischen Fakultät der Universität zu Greifswald; und den Pfarrer Jäkel zu Wronke zum Superintendenten der Diözese Samter zu ernennen; dem Kreis-Physikus Dr. Kursawa zu Trachenberg und dem praktischen Arzte Dr. Sachs zu Breslau; sowie dem praktischen Arzt rc. Dr. J. N. Weber zu Halle a. S.; und dem Kreis-Physikus Dr. Winckel zu Gummersbach den Charakter als Sanitäts-Rath; ferner dem zur Theilnahme an der bevorstehenden Expedition nach dem östlichen Asien berufenen Fabrikbesitzer Fritz Wolff zu Gladbach den Charakter als Kommerzienrath zu verleihen.

Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht, dem Direktor der Kunst-Akademie zu Düsseldorf, Bendemann, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs der Belgier Majestät ihm verliehenen Offizier-Kreuzes des Leopold-Ordens, sowie dem General-Secretair bei der Museen-Verwaltung, Dielitz, zur Anlegung des ihm verliehenen Ritterkreuzes dieses Ordens zu ertheilen.

Der Wundarzt erster Klasse rc. Göritz ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Neustettin ernannt worden.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Fürst Hugo zu Hohenlohe-Oehringen, aus Schlesien; Se. Excellenz der General-Lieutenant und Inspecteur der 1. Artillerie-Inspection, v. Puttkammer, von Stettin; der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am kaiserlich russischen Hofe, v. Bismarck-Schönhausen, von Königsberg i. Pr.; der General-Major und Brigadier des 2. Artillerie-Regiments, Elten, von Stettin; der General-Intendant der königl. Schauspiele, Kammerherr v. Hülsen, von Hamburg.

Abgereist: Der Fürst Anton Sulkowski nach Paris.

Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königlich niederländischen Hofe, Erb-Hofmeister in der Kurmark Brandenburg, Graf von Königsmarck, nach Plauen.

Seine königliche Hoheit der Prinz Karl von Preußen ist von hier nach Nizza abgereist. (St.-Anz.)

Berlin, 5. März. Die Reise Sr. k. H. des Prinzen Carl nach Nizza (S. oben) wird vielfach mit politischen Zwecken in Verbindung gebracht, u. A. bezeichnen Gerüchte den Prinzen als den Vermittler von Aufträgen des Kaisers Alexander. Wie wir jedoch aus verläßlicher Quelle erfahren, haben die Aerzte der Frau Landgräfin von Hessen-Philippsthal einen längeren Aufenthalt in Nizza empfohlen, und die Reise des Prinzen verbindet daher mit dem Zweck eines Besuches der verwittweten Kaiserin von Rußland zugleich den der Begleitung seiner Tochter. (Bank- u. H.-Z.)

[Die Armeevorlage.] Die „Bank- und H.-Z." hat mit ihrer, das Verhältniß des Ministeriums zur Armeevorlage betreffenden Bemerkung (s. die Anmerkung zu der berliner Correspondenz in Nr. 110 d. Ztg.) in ein Wespennest gestochen. Sie erleidet in Folge dessen heute mehrere Berichtigungen. Es heißt daselbst: eine frühere Mittheilung berichtend, schreibt man uns von glaubwürdiger Seite:

„Wenn behauptet wird, die Minister wollten eine Solidarität für die Armeevorlage nicht übernehmen, so ist dieses wohl ein Irrthum. Das gesammte Ministerium tritt für diesen Gesetzentwurf ein und wird ihn, wie wir aus bester Quelle vernehmen, zur Kabinetsfrage machen. Wird die Vorlage im Abgeordnetenhause verworfen, so wird das Ministerium Auerswald seine Entlassung einreichen."

Die Haude und Spenersche Buchhandlung ersucht uns zu erklären, daß sie in keiner Beziehung zu der Central-Preßstelle stehe, und daß die in ihrem Verlage erschienene Schrift: „Soll die Militärlast in Preußen erhöht werden?" eine völlig unabhängige ist. Wir setzen in die Glaubwürdigkeit dieser Versicherung keinen Zweifel, erinnern aber unsere Leser daran, daß Niemand mehr versichern kann, als er weiß. Gleichzeitig wird von anderer Seite an uns das Ersuchen gerichtet: zu erklären, daß das literarische Bureau im königl. Staatsministerium weder direkt noch indirekt jemals gegen die dreijährige Dienstzeit agitirt habe. Wir genügen diesem Wunsche hierdurch.

(B. B.-Z.) An der Börse war heute sehr allgemein das Gerücht verbreitet, daß in der Commission für die Militär-Reorganisation die Regierungs-Vorlage heute Früh mit 17 gegen 4 Stimmen verworfen sein soll, wobei ohne Frage wohl die finanzielle Seite der Angelegenheit den Ausschlag gegeben haben dürfte. Ueber die Berathungen innerhalb der Commission verlauten so viele interessante Details, daß die Spannung uns erklärlich erscheint, mit der man der Erstattung der Commissions-Berichtes entgegensieht. Welche veränderten Modalitäten statt der Regierungs-Vorlage Annahme gefunden haben, darüber verlautete heute noch nichts.

[Die Sitzungen der Commission zur Prüfung der Militär-Vorlagen] im Abgeordnetenhause nehmen einen überaus lebhaften Fortgang. Viele Mitglieder aus allen Fraktionen des Hauses machen von ihrer Befugniß Gebrauch, den Debatten beizuwohnen, bei denen bisher auch fast alle Minister zugegen waren. Das Schicksal der Vorlage ist noch nicht entschieden, die Bedenken, welche sich dagegen erhoben haben, sind umfangreicher, als man zu Anfang erwartet hatte. Der zuletzt hier in Berlin (an Stelle des verstorbenen Predigers Dr. Jonas) gewählte General a. D. v. Brandt ist ein eifriger Vertheidiger der dreijährigen Dienstzeit und vertritt damit die Ansicht der Fraktion Mathis, welche zum erstenmale in dieser Frage entschieden der Fraktion v. Vincke gegenüber stehen wird. Interessant ist übrigens, daß der zum Berichterstatter gewählte Abgeordnete Stavenhagen (General zur Disposition), welcher nicht zu den Freunden der dreijährigen Dienstzeit gehört, seiner Zeit der Vorgesetzte des jetzigen Kriegsministers und Verfassers des Organisationsplanes war. St. war in dem Regimente Hauptmann, in welchem der General v. Roon gleichzeitig als Lieutenant diente. Man ist übrigens im Abgeordnetenhause lebhaft bemüht, eine Vermittelung herzustellen, um die schließliche Annahme der Vorlage zu ermöglichen, welche unstreitig zu den umfangreichsten und interessantesten Debatten führen wird.

Berlin. Nach zuverlässigen Angaben wird die Königin Victoria von Großbritannien im Laufe dieses Sommers an den berliner Hof kommen, und zwar mit Ablegung des Incognitos, unter welchem die hohe Frau vor zwei Jahren hier war. Es heißt, daß die Königin dann längere Zeit hier oder in Potsdam bei der kgl. Familie verweilen würde. — Auch der junge russische Thronfolger wird im nächsten Sommer zu einem längeren Aufenthalt bei dem hiesigen Hofe eintreffen. Wenn daher nicht andere Ereignisse dazwischen treten, möchte im Sommer ein reges Leben am Hofe für die diesjährige Carnevalszeit einen Ersatz bieten, ein Umstand, welcher nicht ohne Einfluß auf die berliner Gewerbtreibenden bleiben würde.

Breslau, 6. März. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Schmiedebrücke Nr. 42 aus unverschlossener Stube, ein braun- und schwarzgestreifter Frauenrock ohne Taille, in dessen Tasche sich ein Portemonnaie mit circa 15 Sgr. befand; Goldeneradegasse Nr. 11 ein mit Backwaaren gefüllter vierediger Marktkorb; Schmiedebrücke Nr. 37 ein grünwollener Frauenrock, ein schwarz- und weißkarrirter Frauenrock, ein karrirter Deckbett-Ueberzug, zwei dergl. Kopfkissen-Ueberzüge, drei Paar blaue baumwollene Strümpfe, zwei roth- und weißkarrirte baumwollene Schürzen, ein kattunenes blau- und gelbgemustertes Halstuch und zwei weiße Hauben; Rosenthalerstraße Nr. 5 ein grauwollenes und ein buntkarrirtes Kleid, zwei weiße Unterröcke, ein schwarzer Regenschirm, ein Paar Gamaschen-Schuh, ein graues Umschlagetuch, fünf Hemden, A. K. gez., vier Taschentücher, drei Nachthauben, zwei Paar weiße und sechs Paar blaue Strümpfe, eine weiße, drei gestreifte und vier Küchenschürzen und fünf kattunene Halstücher; Ritterplatz 9 aus unverschlossenem Zimmer eine goldene Ankeruhr im Werthe von 30 Thlr., die Rückseite derselben ist mit einem Damenbrustbilde verziert; Heiligegeiststraße Nr. 8 aus unverschlossenem Zimmer eine weiße wollene Decke, gezeichnet Nr. 27, und ein Kopfkissen mit rothkarrirtem Ueberzuge und weißem Inlett; Alte Sandstraße Nr. 1 aus unverschlossenem Zimmer 3 weiße Bettdecken mit Fransen, eine Quantität weißen Zwirn und braune Wolle und 1 schwarze Haube mit blauseidnem Band garnirt. Neumarkt Nr. 13 2 Oberhemden, gez. G. J. und resp. 2 und 4, und 13 weiße Taschentücher, drei derselben gez. G. J. 3, 5 und 6, die übrigen 10, gez. 12 P. s. Karlsstr. Nr. 13 ein Messingschild mit der Firma „Kaufmann Rabe". Klosterstr. 2 3 Wagen-Spritzleder von resp. schwarzem Leder und grünem Drill.

Polizeilich mit Beschlag belegt: 1 wollene Pferdedecke, braun mit gelben Streifen, grünem Rande und Leinwandfutter.

Gefunden wurde: 1 Radwer, 2 Schlüssel und 1 neusilberner Federhalter, 2 neue kleine Vorlegeschlösser und 1 Hundemaulkorb mit der Marke Nr. 843 versehen.

Verloren wurde: 1 braun- und rothgemusterter Shawl, im Werth 1 Thlr. 15 Sgr.

[Exceß und Körperverletzung.] Am 3. d. M. Abends in der 11ten Stunde geriethen in der Klingelgasse ein hiesiger Tagearbeiter, welcher in Begleitung zweier Konsorten unbefugter Weise in die Wohnung eines Zimmermanns eingedrungen war, mit letzterem in Streit. Hierbei kam es zu Thätlichkeiten, welche zur Folge hatten, daß der Zimmermann durch Messerstiche in Kopf und Schulter lebensgefährlich verletzt wurde.

Angekommen: Se. Durchl. Heinrich XII. Prinz Reuß aus Stonsdorf. (Pol.-Bl.)

Breslau, 29. Februar. [Personal-Chronik.]

[Erledigte Schullehrerstelle.] Die evangelische Schullehrerstelle zu Krumpach, Kreis Trebnitz, zunächst der Eisenbahnstation Gellendorf, ist erledigt. Mit derselben ist ein Einkommen von 185 Thaler verbunden, und wollen sich Bewerber an den Patron der Schule, den Freiherrn v. Lüttwitz zu Krumpach wenden.

[Vermächtnisse.] Es haben letztwillig zugewendet 1. der zu Breslau verstorbene Dr. phil. Karl Siegfried Günsburg dem Kranken-Hospital zu Allerheiligen und dem Taubstummen-Institut daselbst je 100 Thaler; 2. die zu Habelschwerdt verstorbene verwittwete Frau Oberst-Lieut. Louise Büchner geb. Spindler zur Verschönerung der dortigen evangelischen Kirche im Innern 100 Thaler; 3. der zu Altstadt Strehlen, Hussinetzer-Antheils, verstorbene Kirchenvorsteher, Häusler und Ackerbesitzer Gottlieb Jaschik der böhmisch-reformirten Kirche zu Hussinetz und der böhmisch-reformirten Schule daselbst je 10 Thaler, und zwar der Schule zur Anschaffung von Büchern für arme Kinder.

[Stiftung.] Den von dem Organisten Würffel in Freiburg zum Zweck der Errichtung einer Kleinkinderbewahr-Anstalt daselbst und resp. von dem Kaufmann Julius Bersu ebendaselbst als Spezialstiftung der ersteren, unter dem Namen „Prinz von Preußen-Stiftung" begründeten beiden Stiftungen ist die landesherrliche Genehmigung ertheilt worden.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 5. März, Nachmittags 3 Uhr. Die 3proz. begann bei vollständiger Geschäftsstille zu 67, 90, wich auf 67, 80, stieg wieder auf 67, 90 und schloß zu diesem Course wenig fest und ohne Umsatz.

Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 90. 4 1/2proz. Rente 97, 95. 3proz. Spanier 43 3/8. 1proz. Spanier 33 1/2. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 501. Credit-mobilier-Aktien 746. Lombard. Eisenbahn-Aktien —. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 5. März, Nachmittags 3 Uhr. Silber 62 1/8.

Consols 94 1/2. 1proz. Spanier 33 1/2. Mexikaner 21 1/2. Sardinier 86. 5proz. Russen 107. 4 1/2proz. Russen 97 7/8.

Der Dampfer „Aetna" ist aus Newyork eingetroffen.

Der fällige Dampfer aus Rio Janeiro ist eingetroffen.

Wien, 5. März, Mittags 12 Uhr 45 Minuten. Stilles Geschäft. — Neue Loose 102, —.

5proz. Metalliques 69, 50. 4 1/2proz. Metalliques 61, 50. Bank-Aktien 862. Nordbahn 194, 80. 1854er Loose 106, —. National-Anlehen 77, 10. Staats-Eisenbahn-Aktien-Certifikate 264, —. Kredit-Aktien 193, 40. London 133, —. Hamburg 101, —. Paris 53, 20. Gold 133, —. Silber —, —. Elisabetbahn 171, —. Lombardische Eisenbahn 154, —. Neue Lombard. Eisenbahn —.

Frankfurt a. M., 5. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Oesterreichische Fonds und Aktien wiederum billiger abgegeben.

Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 129 1/2. Wiener Wechsel 86 7/8 B. Darmstädter Bank-Aktien 153. Darmstädter Zettelbank 225. 5prozent. Metalliques 48 1/4. 4 1/2proz. Metalliques 42 1/4. 1854er Loose 76 3/4. Oesterr. National-Anleihe 55 1/4. Oesterreich.-französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 236. Oesterr. Bank-Antheile 742. Oesterr. Kredit-Aktien 165 1/2. Oesterr. Elisabet-Bahn 126. Rhein-Nahe-Bahn 43 3/4. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 97. Mainz-Ludwigshafen Litt. C. —.

Hamburg, 5. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Gegen Schluß fester bei beschränktem Geschäft.

Schluß-Course: National-Anleihe 56 3/4. Oesterr. Kreditaktien 71 1/4. Vereinsbank 98 3/4. Norddeutsche Bank 83 3/4. Wien —, —.

Hamburg, 5. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, ab auswärts stille. Roggen loco unverändert, ab auswärts stille. Oel pr. Mai 24 5/8, pr. Oktober 25 7/8. Kaffee seit Sonnabend Abend über 12,000 Sack meist Rio, etwas Santos umgesetzt; schwimmend und loco gut 1/16 höher. Zink auf 13 3/8 gehalten.

Liverpool, 5. März. [Baumwolle.] 6000 Ballen Umsatz. — Preise gegen vergangenen Sonnabend unverändert.

Berlin, 5. März. Die Geschäftsstille, die man an den meisten Tagen der verflossenen Woche einer Steigerung kaum mehr fähig hielt, ging heute selbst über denkbare Grenzen hinaus. Selbst in österreichischen Effekten, auf welche durch niedrigere wiener Notirungen ein weiterer Coursdruck geübt wurde, wirkte dieser Rückgang nicht zu einer Anregung der Kauflust, so daß der Coursstand sich niedrig aber unbewegt behauptete. Erst am Schlusse, wo Verkaufs-Aufträge aus Frankfurt eintrafen, trat etwas größere Bewegung ein, jedoch gleichfalls nicht mit der Wirkung, die Umsätze zu beleben, sondern ausschließlich in einem dringenderen Angebot wahrnehmbar. In allen andern Effekten-Gattungen war selbst Angebot nur ausnahmsweise hervortretend, in Eisenbahnaktien namentlich nur im allerschwächsten Umfange, wie denn andererseits auch nur Kaufordres von geringer Bedeutung auszuführen waren. Einiges, doch nicht bedeutendes Geschäft war in Eisenbahn-Prioritäten. Der Geldmarkt war eher noch etwas gedrückter, mit 2 1/4 % war für erste Diskonten anzukommen.

Oesterr. Credit behaupteten sich pr. Cassa fast unbelebt auf 71 3/4, 1/4 unter dem Schlußcourse von Sonnabend. Ein wenig belebter war das Geschäft pr. Medio und pr. Ultimo fix, mit einer Differenz von 1/4 % durchschnittlich gegen den Cassacours. Am Schlusse wurde jedoch auch pr. Cassa mit 71 1/2 sehr dringend offerirt und war wohl selbst 71 1/4 kaum leicht zu bedingen. Dessauer wurden 1/4 % billiger mit 20 1/4, Genfer 1/8 % niedriger mit 26 5/8 gehandelt. Diese Notirungen sind indeß meist nominell, sie beweisen im Grunde nur, daß kein Angebot vorhanden war. Darmstädter 3/8 % höher (61 7/8). — Einige schwache Umsätze fanden in Notenbankaktien statt, größere Posten wurden indeß nur von Geraern umgesetzt. Die an den Markt gelangten Posten fanden nur 5 % unter dem lange Zeit behaupteten Geldcourse mit 70 Nehmer, wurden dazu auch willig gegeben, da die Verkaufsordres völlig unlimitirt waren. Preuß. Bankantheile wichen um 1/2 % auf 131 1/2, auch stettiner Ritterschaft um 1/2 % auf 73 1/2. Braunschweiger wurden in einer kleinen Summe 1/2 % besser mit 72 bezahlt.

Auf dem Eisenbahnaktien-Markte, der im Ganzen seine feste Haltung bewahrte, blieb namentlich auch österreichische Staatsbahn fest und wurde 1 Thlr. über dem Schlußcourse von Sonnabend (130 3/4) bewilligt, mit 130 1/2 blieben Käufer. Mit 128 oder 2 1/2 wurde mit Rückprämie pro ult. gehandelt. Von den übrigen Aktien sind eigentlich nur Oberschles. hervorzuheben wegen einer Reaktion gegen die in voriger Woche erfahrene Steigerung; der Cours drückte sich um 1 1/4 % auf 110 3/4, Freiburger blieben still, aber 81 1/2 behauptend. Köln-Mind. hoben sich um 3/4 % auf 121 3/4, Anhalter wichen auf 104, mit 103 3/4 blieb Frage. Rheinische wurden in einem schwachen Posten 1/8 % billiger mit 80 7/8 gehandelt. Die kleinen Actien behaupteten ihren Coursstand, nur Rhein-Nahebahn war mit 42 3/4 sehr offerirt, und Nordbahn blieben mit 48 gleichfalls übrig, nachdem sie Anfangs 48 1/4 bedungen hatten. Für Koseler bleibt 34 zu machen, für Rotterdamer 70.

Von Preußischen Anleihen war Prämien-Anleihe begehrt und bedang 1/2 % mehr (113 1/2), die 5 % war mit 104 1/2, die 4 1/2 % mit 99 3/4 eher zu haben als zu lassen. Pfandbriefe fest, 3 1/2 % Westpreußen und Pommern etwas höher bezahlt; eben so 4 % Westpreußen (89 3/4) und Pommersche und Posensche Rentenbriefe.

Von fremden Fonds war nur Oesterr. National-Anleihe in einigem, aber gleichfalls nur sehr geringen Umsatz zu 57, 1/4 % unter der letzten Börsennotiz; pr. April fix wurde mit 56 mehrfach gehandelt. Russische Anleihen angeboten, die beiden Stieglitz- 1/4 % auf 94 5/8 und 105 gewichen. Die Polnischen Effekten fest, Pfandbriefe 3/8 höher (86 1/4). Hamburger Prämien-Anleihe 1 % höher (85). Dessauer erhält sich gefragt und bedang 1/4 mehr (93 1/4). — Industrie-Aktien schwach, Hörder 2 % billiger mit 70 offerirt. Der Cours auf Wien wich in beiden Sichten um 1/4 auf 74 1/2 und 74, eben so österr. Noten um 3/8 Thlr. auf 74 3/4. Poln. Noten 1/4 höher mit 86 3/4 zu lassen. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 5. März 1860.

Fonds- und Geld-Course.

		Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anleihe		4 1/2	99 3/4 G.
Staats-Anl. von 1850			
52, 54, 55, 56, 57		4 1/2	99 3/4 bz.
dito 1853		4	93 3/4 G.
dito 1859		5	104 1/2 bz.
Staats-Schuld-Sch.		3 1/2	84 1/4 bz.
Präm.-Anl. von 1855		3 1/2	113 1/2 bz.
Berliner Stadt-Obl.		4 1/2	99 3/4 bz.
Pfandbr.	Kur- u. Neumärk.	3 1/2	87 3/4 bz.
	dito dito	4	97 G.
	Pommersche	3 1/2	87 bz.
	dito neue	4	95 bz.
	Posensche	4	100 1/4 B.
	dito	3 1/2	90 1/4 B.
	dito neue	4	88 G.
	Schlesische	3 1/2	87 1/4 G.
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärk	4	93 1/2 bz.
	Pommersche	4	93 1/4 bz.
	Posensche	4	91 1/4 bz.
	Preussische	4	92 G.
	Westf. u. Rhein.	4	93 1/2 bz.
	Sächsische	4	94 G.
	Schlesische	4	93 bz.
Louisdor		—	108 3/8 bz.
Goldkronen		—	9. 2 1/4 B.

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metall.	5	51 G.
dito 54er Pr.-Anl.	4	79 1/4 B.
dito neue 100 fl.L.	—	51 etw. bz. u. B.
dito Nat.-Anleihe	5	57 bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	106 G.
dito 5. Anleihe	5	94 5/8 à 3/4 bz.
do.poln.Sch.-Obl.	4	83 bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	86 à 86 1/4 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	89 1/4 G.
dito à 300 Fl.	5	92 3/4 G.
dito à 200 Fl.	—	22 3/4 G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	41 3/4 bz.
Baden 35 Fl.	—	30 3/4 B.

Actien-Course.

	Div. 1858	Z.-F.	Cours
Aach. Düsseld.	3 1/2	3 1/2	— — —
Aach.-Mastricht.	0	4	17 bz.
Amst.-Rotterd.	5	4	70 G.
Berg. Märkische	4	4	72 1/4 bz.
Berlin-Anhalter.	8 1/2	4	103 3/4 bz.
Berlin.-Hamburg	5 1/4	4	102 3/4 G.
Berl.-Ptsd.-Mgd.	7	4	121 G.
Berlin-Stettiner	6	4	95 1/2 B.
Breslau-Freib.	5	4	81 1/2 bz.
Cöln-Mindener	7 3/4	3 1/2	121 3/4 bz.
Franz.St.-Eisb.	6 1/11	5	130 3/4 à 1/2 bz. u. G.
Ludw.-Bexbach.	11	4	128 1/4 G.
Magd. Halberst.	13	4	181 1/4 G.
Magd.-Wittenb.	1	4	33 1/2 G.
Mainz-Ludw. A.	5 1/2	4	96 1/2 G.
Mecklenburger	2	4	42 G.
Münster-Hamm.	4	4	89 G.
Neisse-Brieger	2	4	48 1/2 B.
Niederschles.	—	4	91 bz.
N.-Schl. Zwgb.	—	4	38 1/4 B.
Nordb. (Fr.-W.)	2	4	48 1/4 à 48 bz.
dito Prior.	—	4 1/2	100 G.
Oberschles. A.	8 3/5	3 1/2	110 3/4 bz.
Oberschles B.	8 3/5	3 1/2	105 1/2 B.
dito C.	8 3/5	3 1/2	110 3/4 bz.
dito Prior. A.	—	4	91 G.
dito Prior. B.	—	3 1/2	78 1/4 bz. Lit. C. 84 3/4
dito Prior. D.	—	4	84 3/4 B. B.
dito Prior. E.	—	3 1/2	72 1/2 bz.
dito Prior. F.	—	4 1/2	89 G.
Oppeln-Tarnow.	4	4	— — —
Prinz-W.(St.-V.)	2	4	48 1/2 B.
Rheinische	5	4	80 7/8 bz.
dito (St.) Pr.		4	— — —
dito Prior.	—	4	85 B.
dito v. St. gar.	—	3 1/2	78 B.
Rhein-Nahe-B.		4	42 1/2 bz.
Ruhrort-Crefeld.	3 1/2	3 1/2	74 1/2 bz.
Starg.-Posener	3 1/2	3 1/2	81 1/4 bz.
Thüringer.	5 1/2	4	98 3/4 B.
Wilhelms-Bahn.	0	4	34 G.
dito Prior.	—	4	— — —
dito III Em.	—	4 1/2	— — —
dito Prior. St.	—	4 1/2	— — —
dito dito	—	5	— — —

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1858	Z.-F.	Cours
Berl. K.-Verein	6 3/4	4	117 B.
Berl. Hand.-Ges.	5 1/2	4	75 G.
Berl. W.-Cred G.	5	5	91 1/2 bz.
Braunschw. Bnk.	6 1/2	4	72 Klgkt bz. u. B.
Bremer	4 1/2	4	96 G.
Coburg. Crdit.A.	6	4	54 G
Darmst. Zettel-B	5	4	89 1/2 G.
Darmst (abgest.)	5 1/4	4	61 7/8 bz.
Dess. Creditb.-A	5 1/4	4	20 1/4 bz.
Disc.-Cm.-Anth	5	4	80 3/4 bz.
Genf. Creditb.-A	—	4	26 5/8 bz.
Geraer Bank	5 1/4	4	70 bz.
Hamb. Nrd. Bank	6	4	82 1/4 G.
„ Ver.- „	5 1/2	4	98 G.
Hannov.	5 1/2	4	89 G. (i. D.)
Leipziger „	—	4	55 3/4 bz. (i. D.)
Luxembg. Bank	—	4	70 B.
Magd. Priv. B.	4	4	76 B.
Mein.-Crditb.-A.	6	4	63 3/4 G.
Minerva-Bwg. A.	2	5	29 B.
Oesterr. Crdtb. A.	7	5	71 3/4 bz. u. B.
Pos. Prov.-Bank	4	4	73 1/2 G.
Preuss. B.-Anth	7 1/2	4 1/2	131 1/2 bz.
Schl. Bank-Ver.	6 1/2	4	72 1/4 G.
Thüringer Bank	4	4	50 1/2 bz.
Weimar. Bank	5	4	78 1/2 etw. bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam	k. S.	142 3/8 bz.
dito	2 M.	141 5/8 bz.
Hamburg	k. S.	150 3/4 bz.
dito	2 M.	150 1/8 bz.
London	3 M.	6. 18 bz.
Paris	2 M.	79 1/12 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	74 3/4 bz.
dito	2 M.	74 1/4 bz.
Augsburg	2 M.	56. 22 G.
Leipzig	8 T.	99 5/8 bz.
dito	2 M.	99 5/12 bz.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 24 G.
Petersburg	3 W	96 1/4 bz.
Bremen	8 T.	108 bz.

Berlin, 5. März. Weizen loco 56—70 Thlr. — Roggen loco 48 3/4—49 1/2 Thlr. pr. 2000pfd. bez., März 48 1/2—3/8—5/8 Thlr. bez. und Br., 48 1/2 Thlr. Gld., Frühjahr 47 3/4—5/8—7/8 Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 47 3/4—48 Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 48—1/4 Thlr. bez. und Br., 48 Thlr. Gld.

Gerste, große und kleine 37—44 Thlr.

Hafer loco 26—28 Thlr., Lieferung pr. März 27 Thlr. nominell, Frühjahr 26 3/4 Thlr. bez., Mai-Juni 27 Thlr. bez., Juni-Juli 28 Thlr. Br.

Rüböl loco 11 1/3 Thlr. bez. und Br., 11 1/4 Thlr. Gld., März und März-April 11 1/4 Thlr. bez. und Gld., 11 1/3 Thlr. Br., April-Mai 11 7/24—1/3 Thlr. bez. und Gld., 11 5/12 Thlr. Br., Mai-Juni 11 5/12 Thlr. bez. und Gld., 11 1/2 Thlr. Br., September-Oktober 12 Thlr. bez., Br. und Gld.

Leinöl loco 10 3/4 Thlr. Br., Lieferung 10 1/2 Thlr. Br.

Spiritus loco ohne Faß 16 1/2 Thlr. bez., März und März-April 16 7/12—3/4 Thlr. bez. und Br., 16 5/8 Thlr. Gld., April-Mai 16 5/8—11/12 Thlr. bez. und Br., 16 7/8 Thlr. Gld., Mai-Juni 17 1/8—1/6 Thlr. bez. und Gld., 17 1/4 Thlr. Br., Juni-Juli 17 1/2—5/8 Thlr. bez. und Br., 17 1/2 Thlr. Gld., Juli-August 17 3/4—2/3—11/12 Thlr. bez. und Br., 17 5/6 Thlr. Gld., August-September 18 Thlr. bez. und Gld., 18 1/8 Thlr. Br.

Weizen in guter Frage. — Roggen: Die von auswärts animirt lautenden Berichte für Roggen erhielten auch heute die anhaltend gute Nachfrage aufrecht, so daß das Angebot, namentlich feinerer Qualitäten der Ersteren nicht genügte und höhere Preise zur Folge hatten. Im Terminhandel herrschte ebenfalls reger Verkehr zu wesentlich höheren Preisen. — In Rüböl war der Verkehr nicht sehr belebt, doch hielten sich Preise auf ihrem festen Standpunkt und erfuhren eine geringe Erhöhung. — Spiritus loco überwiegend offerirt und billiger verkauft, Termine sehr gefragt und zu höheren Preisen umgesetzt.

≅ **Breslau,** 6. März. [Produktenmarkt.] Feste Haltung in allen Getreidearten, sehr mäßige Zufuhren, geringes Angebot von Bodenlägern, guter Begehr für schöne Qualitäten jeder Getreideart, gestrige Preise bezahlt. — Oel- und Kleesaaten ohne Aenderung. — Spiritus fester, pro 100 Quart preußisch loco 15 3/4, März 16 1/12 G.

	Sgr.			
Weißer Weizen	70	72	75	78
dito mit Bruch	54	58	62	66
Gelber Weizen	65	68	70	73
dito mit Bruch	48	52	56	60
Brennerweizen	34	38	40	42
Roggen	51	53	55	57
Gerste	38	41	44	47
Hafer	25	27	29	30
Kocherbsen	54	56	58	62
Futtererbsen	45	48	50	52

	Sgr.			
Wicken	40	45	48	50
Winterraps	84	88	90	92
Winterrübsen	74	76	78	80
Sommerrübsen	70	72	76	78
Schlagleinsaat	65	70	75	80

	Thlr.				
Rothe Kleesaat	8	9	10	11	11 2/3
Weiße dito	18	20	22 1/2	24	25 1/3
Thymothee	9 1/2	10	10 1/2	10 3/4	11

Verantwortlicher Redakteur: R. Bürkner in Breslau.

Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.